



3



Kooperationsvertrag

- Fortsetzung der Rehabilitationsspezifischen Ausbildung in kooperativer Form - § 117 Abs. 1 S. 1 Nr. 1b SGB III



Hinweis Bitte das Formular vollständig ausfüllen.
Zutreffendes bitte ausfüllen oder ankreuzen.

zwischen

A. Träger der Maßnahme

1 Träger der Maßnahme

2 Kundennummer

3 Straße

4 Hausnummer

5 Postleitzahl

6 Ort

B. Kooperationsbetrieb

7 Kooperationsbetrieb

8 Straße

9 Hausnummer

10 Postleitzahl

11 Ort

12 Betriebs-Nr. des Kooperationsbetriebs

13 verantwortliche/r Ausbilder/in

C. Auszubildende/r

14 Vorname

15 Nachname

16 Kundennummer

17 Straße

18 Hausnummer

19 Postleitzahl

20 Ort



S1

§ 1 Gegenstand des Vertrages

- (1) Zwischen dem Träger der Maßnahme und der/dem Auszubildenden wurde ein Ausbildungsvertrag abgeschlossen. Die Vermittlung aller Ausbildungsinhalte gemäß der Ausbildungsordnung beziehungsweise Ausbildungsregelungen sowie des Ausbildungsplans erfolgt in Kooperation zwischen dem Träger der Maßnahme und dem Kooperationsbetrieb.

Bezeichnung Ausbildungsberuf für den der Ausbildungsvertrag abgeschlossen wurde

- (2) Dieser Vertrag regelt die Rechte und Pflichten zwischen den beteiligten Parteien und gilt in Ergänzung des zwischen dem Träger der Maßnahme und der/dem Auszubildenden abgeschlossenen Ausbildungsvertrags.
- (3) Durch eine intensive Förderung des/der Auszubildenden wird angestrebt, das Ausbildungsverhältnis frühzeitig betrieblich – möglichst im Kooperationsbetrieb – fortzusetzen. Der Kooperationsbetrieb erklärt seine grundsätzliche Bereitschaft, den/ die Auszubildende/n spätestens ein Jahr nach Fortsetzung der Ausbildung in kooperativer Form aufgrund dieses Vertrages in ein betriebliches Ausbildungsverhältnis zu übernehmen.
- (4) Die Zahlung einer Vergütung des Trägers der Maßnahme an den Kooperationsbetrieb ist ausgeschlossen.

§ 2 Dauer des Vertrages

- (1) Dieser Kooperationsvertrag gilt für die verbleibende Dauer der Ausbildung der/des Auszubildenden. Dies gilt auch bei entsprechender Verlängerung des Ausbildungsvertrages.
- (2) Dieser Kooperationsvertrag endet im Zeitpunkt einer vorzeitigen Beendigung des Ausbildungsverhältnisses.

§ 3 Pflichten des Kooperationsbetriebs

Der Kooperationsbetrieb verpflichtet sich,

1. der/dem Auszubildenden die Ausbildungsinhalte gemäß der Ausbildungsordnung und des Ausbildungsplans nach Abstimmung mit dem Träger der Maßnahme zu vermitteln.
2. die gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere des Berufsbildungsgesetzes und des Jugendarbeitsschutzgesetzes, einzuhalten.
3. nur solche Personen mit der Durchführung der Ausbildung zu beauftragen, die hierfür die notwendige Eignung nach den Bestimmungen des BBiG bzw. der HwO nachgewiesen haben.
4. einen Wechsel des/der verantwortlichen Ausbilders/Ausbilderin dem Träger der Maßnahme unverzüglich bekanntzugeben.
5. die Ausbildung an Ausbildungsplätzen durchzuführen, die nach Art und Ausstattung dafür geeignet sind.
6. die technischen Einrichtungen, die Werkzeuge sowie sonstige Materialien für die Ausbildung unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.
7. die/den Auszubildende/n für die Teilnahme an Prüfungen und überbetrieblichen Unterweisungen, die Förderangebote des Trägers der Maßnahme sowie den Besuch der Berufsschule freizustellen.
8. den Träger der Maßnahme über Ereignisse, die das Ausbildungsverhältnis negativ beeinflussen können, insbesondere Fehlzeiten, unverzüglich zu informieren.
9. das Berichtsheft je nach Berufsbild in der vorgesehenen Frequenz zu kontrollieren und gegenzuzeichnen.
10. die/den Auszubildende/n nicht zu anderen als zu Ausbildungszwecken einzusetzen.
11. seine übliche betriebliche Ausbildungskapazität nicht aufgrund dieser Kooperationsvereinbarung zu reduzieren.
12. in Zusammenwirken mit dem Träger der Maßnahme den für die Eintragung des Ausbildungsvertrages erforderlichen Nachweis der Eignung nach §§ 27 ff BBiG bzw. §§ 21 ff HwO zu erbringen und den zuständigen Stellen die Prüfung der Eignung zu ermöglichen.
13. dem Träger der Maßnahme zum Zwecke der Prüfung der Einhaltung der Verpflichtungen dieses Vertrages während der üblichen Geschäftszeiten den Zutritt in den Betrieb zu gewähren.



§ 4 Pflichten des Trägers der Maßnahme

Der Träger der Maßnahme ist als Ausbildender nach dem BBiG bzw. der HwO für die vollständige und ordnungsgemäße Durchführung des Ausbildungsvertrages verantwortlich. Er verpflichtet sich insbesondere:

1. zur Durchführung des Stütz- und Förderunterrichts sowie der sozialpädagogischen Begleitung in enger Abstimmung mit dem Kooperationsbetrieb sowie allen weiteren beteiligten Stellen – insbesondere der Berufsschule.
2. gemeinsam mit dem Kooperationsbetrieb unter Zugrundelegung der Ausbildungsordnung einen Ausbildungsplan abzustimmen, der auf den individuellen Qualifizierungsbedarf der/des Auszubildenden abgestimmt ist.
3. sich regelmäßig in den Betriebsräumen des Kooperationsbetriebes davon zu überzeugen, dass die/der Auszubildende ordnungsgemäß ausgebildet und nicht zu ausbildungsfremden Zwecken eingesetzt wird.
4. die zuständige Stelle nach dem BBiG beziehungsweise der HwO über einen Wechsel des/der verantwortlichen Ausbilders/Ausbilderin des Kooperationsbetriebes unverzüglich zu informieren.
5. die Kosten für überbetriebliche Ausbildungsabschnitte und die Prüfungsgebühren sowie gegebenenfalls für das Gesellenstück zu tragen.

§ 5 Pflichten der/des Auszubildenden

In Ergänzung der Pflichten aus dem Ausbildungsvertrag verpflichtet sich der/die Auszubildende an den vom Träger der Maßnahme angebotenen Förderangeboten teilzunehmen. Der/Die Auszubildende erklärt sich grundsätzlich bereit, die Ausbildung in einem anderen Kooperationsbetrieb fortzusetzen, wenn dieser Vertrag nicht fortgesetzt werden kann.

§ 6 Urlaub

Die Urlaubsgewährung erfolgt durch den Träger der Maßnahme in Abstimmung mit dem Kooperationsbetrieb.

§ 7 Mindestlohngesetz

Gemäß § 22 Absatz 3 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) sind die Bestimmungen zum MiLoG auf die Vergütung der/des Auszubildenden nicht anwendbar. Inhalt dieses Vertrages ist eine fachpraktische Unterweisung in einer betrieblichen Ausbildungsphase, die durch den Kooperationsbetrieb durchgeführt wird.

§ 8 Kündigung

- (1) Der Träger der Maßnahme kann den Kooperationsvertrag ohne Einhaltung einer Frist mit sofortiger Wirkung kündigen, wenn der Kooperationsbetrieb seinen Pflichten - insbesondere seinen Ausbildungspflichten nach diesem Vertrag - nicht ordnungsgemäß nachkommt oder ein Übergang in betriebliche Ausbildung möglich ist.
- (2) Der Kooperationsbetrieb ist berechtigt, den Kooperationsvertrag ohne Angabe von Gründen und ohne Einhaltung einer Frist innerhalb eines Zeitraums von acht Wochen ab Beginn der Ausbildung in kooperativer Form aufgrund dieses Vertrages zu kündigen. Nach Ablauf dieser Frist ist eine Kündigung nur zulässig, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, der zur außerordentlichen Kündigung des Ausbildungsverhältnisses berechtigt.
- (3) Die Kündigung hat jeweils schriftlich zu erfolgen.

§ 9 Haftungsausschluss

Für Schäden, die die/der Auszubildende im Kooperationsbetrieb verursacht, übernimmt der Träger der Maßnahme keine Haftung.

§ 10 Zusätzliche Regelungen

(Dieser Paragraf kann für ergänzende zusätzliche Vereinbarungen genutzt werden. Diese zusätzlichen Vereinbarungen dürfen den verbindlichen Regelungen dieses Vertrages nicht zuwiderlaufen.)



§ 11 Schlussbestimmungen

- (1) Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages einschließlich dieser Klausel bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.
- (2) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder nach Vertragsschluss unwirksam oder undurchführbar werden, so wird dadurch die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen nicht berührt. An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung soll diejenige wirksame und durchführbare Regelung treten, deren Wirkungen der wirtschaftlichen Zielsetzung möglichst nahekommen, die die Vertragsparteien mit der unwirksamen beziehungsweise undurchführbaren Bestimmung verfolgt haben. Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für den Fall, dass sich der Vertrag als lückenhaft erweist. § 139 BGB gilt als ausgeschlossen.
- (3) Diese Zusatzvereinbarung wird vierfach ausgefertigt. Jeweils eine Ausfertigung ist für den Träger, den Betrieb, die/den Auszubildenden sowie die zuständige Stelle nach dem BBiG beziehungsweise der HwO bestimmt.
- (4) Gerichtsstand ist der Sitz des Trägers.

21 Ort

22 Datum

23 Unterschrift, Stempel Träger

24 Unterschrift, Stempel, Betrieb

25 Unterschrift Auszubildende/r

26 Unterschrift der Erziehungsberechtigten
(nur bei Minderjährigen)r